

venierte, und Schreiber blieb an der Isar.

Gründe für die Abneigung, im Tempelhofer Polizei-Hauptquartier Stellung zu beziehen, gab es genug. Denn Polizist sein heißt in Berlin zwar wie in Frankfurt oder Hamburg auch: Verkehrsknoten lösen, Betrunkene einsammeln, Verbrechen bekämpfen. Es bedeutet zugleich aber, „inmitten des kommunistischen Machtbereichs jederzeit einsatzbereit und schlagkräftig zu sein“ (Ex-Bürgermeister Albertz).

Zudem braucht der Berliner Polizeipräsident robuste Konstitution: Er wird vom Parlament direkt gewählt und läuft deshalb bei möglichen Auseinandersetzungen mit der leicht zum Streit aufgelegten SPD-Fraktion Gefahr, abgewählt zu werden. Und diplomatisches Geschick hat er nötig, weil er nicht nur Senat und Parlament, sondern auch den alliierten Kommandanten des Besatzungsgebietes West-Berlin verantwortlich ist. Widmet sich der Diener dreier Herren dann auch noch dem Versuch, die militante Moral der 20 000 Mann starken Schlagstock-Truppe zu mildern, riskiert er Schwierigkeiten mit dem durchaus frontstadtbewußten Offizierkorps.

Wie kein anderer Berliner Amtsträger steht der Chefpolizist im Kreuzfeuer öffentlicher Kritik. Härte und Hauen im Umgang mit den aufmuckenden Studenten würden ihm im linken Lager unverzüglich den Ruf eines Notstandspolizisten eintragen. Milde gegenüber der außerparlamentarischen Opposition aber brächte ihn beim Volk von Berlin in Verruf, dem die Polizei ohnehin zu lasch ist.

Der neue Mann sollte nach Vorstellung der regierenden Sozialdemokraten denn auch nahezu unerfüllbare Bedingungen erfüllen: Er sollte Volljurist und Philanthrop, SPD-Mitglied und überparteilich, reich an Polizeierfahrung, zugleich aber jung an Jahren sein. Und die Alliierten erwarten von dem neuen Mann, dessen Wahl sie bestätigen müssen, eine lupenreine Vergangenheit.

In Berlin schien so ein Mann nicht auffindbar. Entweder stand die Vergangenheit im Wege — so erging es dem West-Berliner Schupo-Kommandeur Hans-Ulrich Werner, dem DDR-Zeitungen NS-Mitgliedschaft und „Partisanenbekämpfung“ im Zweiten Weltkrieg vorwarfen. Oder die Persönlichkeitskonturen paßten nicht in die Mauer-Landschaft — so schied etwa der Sozialdemokrat Joachim Prill, Chef der Polizeiaufsichtsbehörde des Senats, als Nachfolger aus, weil er die „Hemdsärmel um eine Lage zu weit aufgekrempelt hat“ (so Innensenator Kurt Neubauer).

In dieser aussichtslos scheinenden Notlage griffen die regierenden Sozialdemokraten in der letzten Woche schließlich auf einen Mann zurück, der ihnen bis dahin wegen seines Parteibuchs nicht akzeptabel erschienen war: Polizeivizepräsident Georg Moch, 47, CDU-Mann und Katholik, soll nun Polizeipräsident werden.

Stellvertreter Moch galt im Tempelhofer Polizei-Hauptquartier schon im-

mer als der eigentliche Präsident. Der oberschlesische Berufts-Jurist schickte sich in die notwendige Arbeitsteilung, als 1962 der ihm erst unterstellte Schupo-Chef Duensing sein Vorgesetzter wurde: Moch administrierte, Duensing kommandierte.

Der Mann, der im Zweiten Weltkrieg schwer verwundet wurde und heute in seinem Arbeitsstab nur Zivilisten duldet, der sich in jungen Jahren der Theologie zuwandte und in seiner Freizeit Wikingerschiffe bastelt, war die letzte Wahl von Bürgermeister und Innensenator Neubauer. Er staunt vernahmen es die Genossen vom SPD-Fraktionsvorstand — und sie akzeptierten den politischen Gegner.

Daß Neubauer seinen Polizeipräsidenten nach langem Zögern aus den Reihen der Oppositionspartei erkor, trug ihm schnell den Ruhm ein, ein Politiker ohne engstirnigen Partei-

dem Decknamen „Grillparzer“ für den Verfassungsschutz tätig gewesen ist.

Zum drittenmal innerhalb weniger Wochen scheiterte ein Versuch des Verfassungsschutzes, Studenten für die Überwachung von Studenten zu gewinnen. Doch zum erstenmal mißlang ein solches Ausspähungs-Unternehmen erst, nachdem ein Student — Gritzka — monatelang den willigen Gehilfen gespielt und dabei die Methoden des Verfassungsschutzes studiert hatte.

In Gießen hatte am 10. November vergangenen Jahres der Student Martin Siegler, 21, die Mitarbeit sogleich abgelehnt. Der Student Ulrich Weyl, 22, nahm nur 75 Mark und den Decknamen „Atze Wolf“ entgegen, dann verständigte er den Allgemeinen Studentenausschuß (Asta) und seinen Vater, der zur Zeit Rektor der Universität ist (SPIEGEL 50/1967).

In Göttingen benachrichtigte kurz darauf ein — anonym geliebener —



Kieler Student Gritzka, Verfassungsschutz-Inserat: Handgeld für Grillparzer

307 schnell, gr. Stoffausw. Ruf 4 02 29
 in Statik, Bauanträge, Bauabrechng.,
 KN sorgfältig u. schnell. N 8592 KN

Nebenberuflich
 leichte journalistische Tätigkeit,
 bes. für Studenten geeignet. Gute
 Honorierung. Ang. unt. M 3951 KN

Nur für Frauen! Werden Sie
 nebenberuflich AVON-Be-
 terin. Zeiteinteilung: wie es
 Ihnen paßt. Tätigkeit: interessant
 und angenehm. Verdienst: gut, Sie
 werden staunen. Angeb. N 3772

HEIMVERDIENST
 150,- DM und mehr wöchentlich

horizont zu sein. „Der Abend“ lobte, Neubauer sei „über den eigenen Schatten gesprungen“.

Gleichwohl hatte der sozialdemokratische Strategie seine Auswahl nicht ohne Vorbedacht getroffen: Neubauer hofft, daß er mit dem Christdemokraten Moch an der Spitze der Polizei die von der Berliner Presse stark beachtete Kritik der CDU eindämmt, er behandelte rebellische Studenten nicht mit genügendem Nachdruck.

VERFASSUNGSSCHUTZ

STUDENTEN

M 3951 KN

Es begann unter vier Augen an einem Nachmittag im Kieler Café Pur-sche. Es endete vor 2500 Studenten um Mitternacht in der Neuen Mensa der Kieler Universität. Am Dienstag vergangener Woche offenbarte der Student Detlef Gritzka, 23, daß er unter

Student auch gleich Rektor und Asta, daß er für Spähaufgaben angeheuert werden sollte. Wie an allen deutschen Hochschulen wird auch dort der linke „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) vom Verfassungsschutz überwacht. Dessen Auftrag ist es, radikale Organisationen daraufhin zu observieren, ob sie verfassungsfeindliche Ziele verfolgen.

In Gießen und Göttingen bemühten sich die Beamten in vertraulichen Gesprächen um Studenten als V-Männer. In Kiel hingegen gaben sie eine Suchanzeige auf. In den „Kieler Nachrichten“ boten sie „leichte journalistische Tätigkeit, bes. für Studenten geeignet“ an und versprachen „gute Honorierung“. Zuschriften wurden unter „M 3951 KN“ erbeten.

Gritzka, Student der Soziologie und Volkswirtschaft, schrieb und wurde ins Café bestellt. Dort erwartete ihn ein Verfassungsschutz-Mann, der sich als „Rolf Wilke“ auswies.

Der Student akzeptierte den Geheim-Job, kassierte ein Handgeld von

100 Mark und erhielt für die Überwachung des SDS monatlich 100 Mark.

Anrufen konnte er seine Auftraggeber unter den Nummern 54063 und 54120, schriftliche Berichte schickte er auf vorgedruckten Formularen ein. Zu Weihnachten bekam er eine Flasche deutschen Weinbrand als Präsent für treue Dienste.

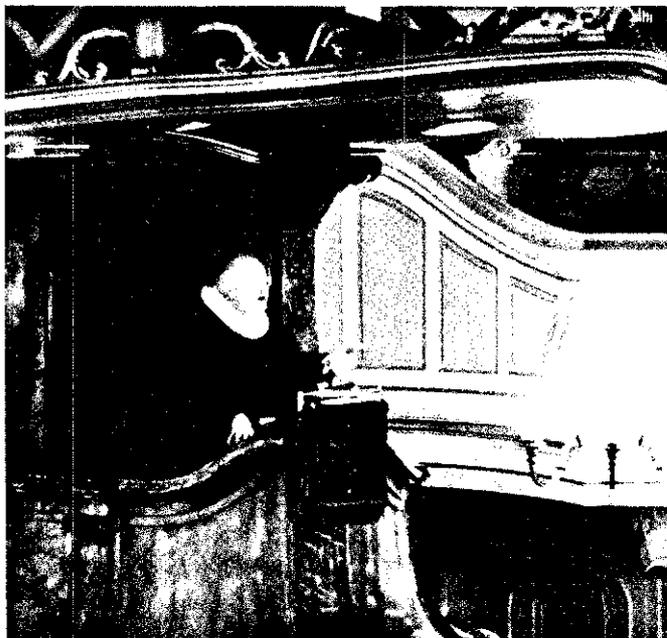
Gritzka führte zwar die Aufträge aus; er sah sich Sowjet-Filme („Oktober“) und ihr Publikum an, hörte Vorträge über Notstand und über Revolution.

Von Anfang an wußten einige Freunde von seinem Job. Seit Anfang Dezember hielt „Grillparzer“ auch den Kieler SDS-Vorsitzenden Bernhard Achterberg, 22, auf dem laufenden. Nie zuvor und nirgendwo sonst erfuhren die aufsässigen Studenten so genau, was die Staatsgewalt über sie erfahren wollte.

Als Gritzka-Grillparzer in der vergangenen Woche sein Doppel-Spiel beendete, waren sich — wie zuvor in Gießen und Göttingen — Rektor und Studenten einig im Protest. Magnifizienz Wolf Herre, 58, versprach sogar, notfalls mit den Studenten „auf die Barrikaden“ zu gehen. Die SPD stimmte in den Entrüstungs-Chor mit ein, und sogar die Junge Union forderte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Doch anders als Hessens Innenminister Schneider (SPD), der sich nach dem Gießener Debakel sogleich von den Methoden seiner Verfassungsschützer distanziert hatte, besann sich Schleswig-Holsteins Innenminister Hartwig Schlegelberger (CDU) auf seine Dienstherren-Pflicht.

Schlegelberger über die Affäre: „Dafür bin ich verantwortlich.“ Er verteidigte sich und seine Beamten mit SDS-Zitaten. Einer seiner Belege dafür, daß die Überwachung der linksradikalen Studenten legitim sei: In einem Flugblatt hatten sie das Parlament als „eine vom Monopol-Kapital lizenzierte Schwatzbude“ bezeichnet.



Prediger Thielicke, Gottesdienst-Schützer: „Wir lassen unsere Ordnung ...“



General Wulf

KIRCHE

THIELICKE

Mookt wi

Meine Herren“, sprach Brigadegeneral Dr. Hermann Wulf, 52, zu seinen Offizieren, „wer sich als verantwortlicher Christ fühlt, möge mit mir in die Kirche gehen.“

Was der Kommandeur der Heeresoffizierschule II zu Hamburg-Wandsbek, genannt „General Mookt wi“ („Machen wir“), den versammelten Offizieren und Fähnrichen antrug, war rund 50 Untergebenen Befehl.

Am Sonnabend vorletzter Woche, gegen 15.30 Uhr, besetzten die Soldaten Christi — als Staatsbürger ohne Uniform — alle taktisch wichtigen Punkte der Hamburger Kirche St. Michaelis. Sie postierten sich unter der

Kanzel und auf der Empore, hinter dem Eingang und vor dem Altar — bereit, das Wort Gottes und des Predigers D. Dr. Helmut Thielicke D. D., 59, Theologie-Professor an der Universität Hamburg, notfalls mit ihren Händen zu verteidigen.

Denn ins Gotteshaus stand eine Aktion des SDS, des radikalen linken Studentenbundes, der den Professor Thielicke in eine Diskussion verwickeln wollte. „Daß man in die Kirche beruhigende Elemente hineingibt“, erschien dem General „Mookt wi“ daher die richtige Abwehrmaßnahme. Er mochte nicht untätig zusehen, wie „unsere Ordnung subversiv kaputtgemacht wird“.

Unterstützt wurde das hundertfäustige Wachkommando durch im VW-Behördenbus angereiste Zivilpolizisten, Thielicke-treue Theologie- und Medizinstudenten, Kirchenvorstandsmitglieder, fromme Jungmänner und zwanzig Kirchendiener aus Nachbargemeinden; in der nahen Polizeiwache Schaarmarkt standen zusätzlich zwei Gruppen Uniformierte bereit.

Während Johann Sebastian Bachs e-Moll-Fuge durch die Kirche orgelte, inspizierte der General zwischen Altar und Portal seine Truppe und stellte sich auf Feindberührung ein. Schon verteilte der Gegner im Gotteshaus Handzettel mit Texten wie „Kapital unser das du bist im Westen — Amortisiert werde deine Investition — Dein Profit komme ...“

Doch als der „in Zungenschlägen redende Gottesmann“ („Süddeutsche Zeitung“), an diesem kalten Tage etwas verschnupft, auf die Kanzel stieg, blieben wider Erwarten der Militärs die Kampfhandlungen aus. Denn den sonst Klamauk nicht abgeneigten Studenten ging es, wie sie in einem Flugblatt kundtaten, „keineswegs um Störung des Gottesdienstes“. Die Roten vom SDS standen artig auf, wenn



... nicht subversiv kaputtmachen“: Polizeibus, Kirchgänger vor Hamburgs „Michel“